

Abend-Ausgabe.

Saale-Beitrag.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Bezugpreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Buchhandlungen angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter Nr. 6316 eingetragen.

Hier die Redaktion verantwortlich:
Mag. Schürze in Halle.
Verständnis vom 10. bis 12. Ubr.
(Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 174.)

Anzeigen
werden die Spaltenzeit oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
den unteren Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Wochentage die Zeile 75 Pfg.,
Erstausgabe höchstens 1,00 M.,
Sonntags und Montags einmal,
sonst je nach Tageszeit.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 94. Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 25. Februar 1903. 1903.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

In einer Zeit, die so wie die gegenwärtige unter dem Zeichen der Sozialpolitik steht und in der alle Kreise, denen es ernst ist mit der Forderung, die arbeitenden Klassen, sich in dem Bestreben einen, die staatlichen Maßnahmen, durch welche diese Klassen nach Möglichkeit gegen die Beschäftigungslosigkeit geschützt werden sollen, immer weiter nach zu vertiefen, kann es nicht wunder nehmen, wenn endlich einmal auch ernsthaft an die Frage herangetreten wird, ob und inwiefern sich ein Schutz schaffen läßt gegen den gefährlichen und häufig verderblichen Feind der Arbeiter, gegen die Arbeitslosigkeit. In der fälligen sozialpolitischen Verhandlungen, die soeben noch in Reichstags von Rednern aller Parteien angestellt wurden, ist auch diese Frage nicht unberücksichtigt geblieben. Es war ein freimütiger Antrag, unterstützt von Mitgliedern des Zentrums und von National-Liberalen, welcher den Reichstagsrat erwiderte, eine aus Vertretern der verschiedenen Regierungen und Mitgliedern des Reichstags sowie sonstigen auf diesem Gebiete erfahrenen Männern bestehende Kommission mit der Aufgabe zu betrauen, die bisher geltende der Versicherung, einzelner Unternehmer und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Verfügungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen. Der Reichstag hat den Antrag angenommen und der Stellvertreter des Reichstagsrats Graf Polakowsky daraufhin erklärt, daß das Statistische Amt die hier geforderten Erhebungen vornehmen werde. Damit ist auf diesem wichtigen Felde der erste Schritt gemacht. Es wird zwar einer längeren Zeit bedürfen, bis alle notwendigen Vorarbeiten verrichtet, die bestehenden Einrichtungen untersucht und die bisher gemachten Vorschläge nachgeprüft sind, aber man hat doch nun wenigstens angefangen und weiter streifen, die sich in der Deutlichkeit für diese Frage interessieren, die Zuversicht gegeben, daß das Begonnene auch fortgesetzt und schließlich vollendet werden wird. Der Liberalismus hat, indem er hier die Initiative ergreift, von neuem daran, wie wichtig ihm die Wohlfahrtsfrage ist.

Möglich ist eine Arbeitslosenversicherung in den verschiedensten Formen. Zunächst haben sich die Arbeiterverbände in zunehmendem Maße bei sich eingeführt, sowohl die neutralen deutschen Gewerksvereine, als auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Nach einer angemessenen Abwertung eines Arbeitslosenlohn, d. h. im Mittel-erwerbseinkommen von 1. März, das mit dem Jahre der Mitgliedschaft bis auf 1,70 Mark steigt, gemäß. Der Verband der Deutschen Arbeiter hat an Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1901 313.000 Mark, an Arbeitslosenunterstützung 246.000 Mark verausgabt. Auch einzelne Gemeinden haben sich, schon durch die Mithilfe auf die Armenpflege, veranlaßt, derartige Unterstützungsanstalten einzurichten, so die schweizerischen Gemeinden Bern und St. Gallen. In Köln wurde unter Anleitung an den Arbeitsnachweis gleichfalls eine Unterstützungsanstalt errichtet. Die hier gemachten Versuche haben zu dem Vorhinein geführt, die Gemeinden reichhaltig zu sein nicht zu verpflichten, wohl aber zu ermächtigen, kommunale Unterstützungsanstalten mit Beitragspflicht für alle diejenigen Arbeiter zu begründen, welche nicht arbeitslos, die gleiche Mithilfeleistung gewährenden Klassen bereits angehören. Besonders lobhaft wurde diese Versicherungsform von einem der Führer der Deutschen Arbeiterpartei, Herrn L. Sonnemann in Frankfurt a. M., befürwortet.

Von anderer Seite wird die Idee verfolgt, diese Versicherung den Arbeitgeberverbänden anzubieten und denselben aus der Reichskasse entsprechende Mittel zuzuführen. Eine solche Gestaltung würde indes für die Arbeitgeberverbände selbst gefährlich werden; denn kein öffentliches Gemeinwesen gibt Gelder her, ohne sich eine Kontrolle über deren Verwendung zu reservieren. Mit einer solchen Kontrolle wäre jedoch die Arbeitsnachweisfreiheit der Verbände aufgehoben. Konkreter gerät es demgegenüber der Vorlage, die Arbeitslosenversicherung gleich von Reichs wegen zu organisieren, unter Heranziehung des Reichs ebenso wie der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Nur bezeugt die Durchführung in der Praxis Schwierigkeiten, die einflussreichen unüberwindlich erscheinen. Man glaubt deshalb, leichtere Arbeit zu haben, wenn die Versicherung an die bestehenden Krankenanstalten oder, wie Prof. Fehner will, an die Berufsgenossenschaften oder endlich, einem Gedanken von Dr. Freund gemäß, an die Arbeitsnachweise angegliedert würden. Bedenken, die nicht leichter Hand zu beseitigen sind, erheben sich auch hier. Jedenfalls wird man indes zugestehen müssen, daß, schon um faktischen, ob der Arbeitslosigkeit auch arbeitsfähig ist, und eine weitere Verordentlich und Fähigkeit angemessene Arbeitsgelegenheit nicht zurückweist, die Mitbestimmung von Sachverständigen nicht entbehrt werden kann.

Trotz der verschiedenartigen der bisher gegebenen Anregungen ist bereits eine gewisse Annäherung in den Grundgedanken erfolgt. Einig sind die meisten Sozialpolitiker jetzt ersicht darüber, daß die Arbeitslosenversicherung allein durch Arbeitgeberverbände nicht genügt, und zwar deshalb nicht, weil dieselben nur den kleineren Teil der Arbeitslosigkeit umfassen, zweitens, daß ein Zusammenwirken der öffentlichen Organe mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern ratsam ist, und drittens, daß der Arbeitsnachweis als Hilfs- und Kontrollorgan zu dienen hat. Eingehende Erörterungen, die sich an die Beschäftigungsfrage des Ergebnis der von dem Statistischen Amt angestellten Erhebungen zu knüpfen

haben, werden sicherlich die Bahn erweitern lassen, auf welcher sich die künftige Entwicklung bewegt. Den liberalen Parteien erwächst hier eine Aufgabe, deren Lösung alle Angriffe abschlägt, die gegen sie wegen angeblicher sozialpolitischer Teilnahmslosigkeit gerichtet werden.

Deutsches Reich.

„Gehaut wird er doch!“

Das eigentlich wichtige Vorgehen der künftigen Staatsregierung in Sachen der wasserwirtschaftlichen Vorlage, die ängstliche Seiten derselben einmal ein ungewisses Wort zu sprechen, die sich nicht mit Mühe flüchten, aber zu nichts verbindlichen Nebenartikeln: „Gehaut wird er doch“, „der Gegenstand wird fernerzeit wiederkehren“ usw. die sich widersprechenden offiziellen Nachrichten aus den Ministerien, wie jetzt zuletzt noch bezüglich der Umarbeitung oder Aufhebung des Entwurfs erhalten werden, das alles hat eine Unklarheit über die Pläne der Regierung, ein Zweifel an dem ersten Willen derselben, gegenüber durch die Gegner zu erwerbenden Schwierigkeiten auch durchzusetzen und an ihren Plänen festhalten, im Falle verneint und groß werden lassen, daß man sich nicht wundern kann, in der Presse fort alle Schattierungen dementsprechende Äußerungen zu finden. Während die kanologenerischen Äußerungen in der „Dtsch. Post“, mit geradezu äberrundem Gohn zu den Worten des Handelsministers Wölfer erklären: „Er wird aber noch einige Zeit (mit dem Kanal) warten müssen, ebenso wie er mit der Wölferreform noch warten muß“, folgt die „Post“ ihre Ansicht in die Worte zusammen: „Die Kanalvorlage rückt in immer nebelhellerer Form“, „und die zukünftigen Urteile des Herrn Wölfer werden später, wenn vom Mittelkanal längst nicht mehr die Rede ist, bei Durchsicht vergrößerter Zeitungspapier fragen: was wohl der Kropfpaar gemeint hat, als er sagte: „Gehaut wird er doch“. Der „Vorwärts“ meint gar, dieses Wort behände zu doch, aber nicht für die Regierung, sondern für die Junker, die bereit ihre Kanäle in Etappen forderten, während die Regierung sich ängstlich duckt.“

Doch nicht allein die extremen Blätter behandeln die Frage, nein, alle Zeitungen, und alle mit einem ungewissen Unbehagen. Das die öffentlichen Äußerungen, die die Notizen aus der Vorlage pfänden möchten, daß sie mit Dank die Unterfertigung des industriellen Wessens für ihre Wasserfragen und Stromverlegungen, wie Landstraßen und Eisenbahnen im Osten acceptieren, aber diesem möglichst freie Lebensader unterbinden möchten, ist niemandem neu. Das aber die Kanalvorlage, auch die der Regierung unabhängig, das Vertrauen zu dieser Sache bei sich stark gemindert sehen, daß, trotz der wiederholten Behauptungen der Regierung, die Vorlage würde nur als Ganzes von ihr eventuell angenommen, witziglichen Schreien der Herzen der Kanalanhänger ergreift, als füglich die Notizen über den Antrag bezüglich Ausgestaltung der Oder, Spree, Havel und Elberregierung aus der Vorlage und über das Aufgeben der Eisenbahnen zu Gunsten der Typen den Wänterwind durchzustreichen, das ist besorgniserregend für das Vertrauen, welches die Regierung im Volke findet. Und doch brauchen, wenn man sich die Sache recht überlegt, die Freunde der Wasserfragen nicht so ängstlich zu sein wie die Regierung zu sein scheint. Die letztere hat nämlich eine Stütze, die stärker ist als alle Gegenkraft, die in der Welt zu finden ist der geplanten Wasserfragen. Das das Volkmeinung dieser Notwendigkeit immer mehr ins Volk dringt, davon kann man überzeugen sein, und das wird sich möglichst rasch zeigen bei den nächsten Landtagswahlen zeigen, hoffentlich fühlig gehen, um neben der Liebe den Furchtschaltanz noch bauen zu können und zu verhindern, daß „fernerzeit“ in Zukunft mit „ad calendas graecas“ überlegt werde.

Vorbereitungen für neue Handelsverträge.

Am schwedischen Reichstage ist kürzlich ein von zahlreichen Mitgliedern beider Kammeren unterstützter Antrag eingebracht worden, der die Regierung auffordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den Ungleichheiten, die den schwedischen Erwerbsklassen durch erhöhte deutsche Zollsätze drohen, vorzubeugen, und möglichst bald dem Reichstage eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Der Antrag wird nach einer Mitteilung des „Export“ in wesentlichen folgendermaßen begründet:

„Aus der offiziellen Statistik Schwedens geht hervor, daß das Deutsche Reich in Bezug auf den Warenanstand mit fremden Ländern besonders große Bedeutung für Schweden hat. Von dem gesamten Warenumsatz Schwedens mit dem Ausland entfällt jetzt beinahe ein Drittel auf Deutschland. Unter solchen Umständen muß jede Veränderung in der Zollpolitik dieses Landes für uns größte Bedeutung haben und unsere besondere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. In Deutschland ist kürzlich ein Zolltarif mit neuemvermehrten erhöhten Zöllen beschlossen worden. Wie ist daher für uns von großer Wichtigkeit, daß eine künftige und zweckmäßige Untersuchung darüber angestellt wird in welcher Größe diese erhöhten Zölle auf unsere Erwerbsklassen einen schädlichen Einfluß ausüben können, ebenso darüber, welche Mittel sich im Hinblick auf die Bedeutung, die die Einfuhr aus Deutschland für die Industrie und den Handel Schwedens hat, finden lassen, um die für uns aus dem neuen deutschen Zolltarif resultierenden Nachteile abzuwehren und zu mildern. Die Warenumsatz aus Deutschland nach Schweden hatte im Jahre 1901 einen Wert von 108,830,000 Kronen und übersteigt bei weitem die Einfuhr von jedem anderen Lande. Der Wert der schwedischen Einfuhr nach Deutschland betrug im selben Jahre 60,250,000 Kronen, welche im Laufe der Jahre eine ansehnliche Zunahme und bleibt dem Reich nach nur hinter der Einfuhr nach Großbritannien zurück. Eine höhere Pflanzung der Verhältnisse ergibt, daß es in beiden Ländern bedeutende industrielle und kommerzielle Interessen sind, die von einer etwaigen Störung dieses Warenverkehrs betroffen würden. Dies ist u. a.

bei der schwedischen Eisen-, Holz- und Steinindustrie der Fall. Die Statistik läßt aber auch erkennen, daß sich Deutschland hinsichtlich des Warenanstands mit Schweden in einer weit vorteilhafteren Lage als letzteres Land befindet. Während die aus seinen natürlichen Erzeugnissen hervorgehenden Produkte, umföhr der deutsche Export nach Schweden die verkehrsartigen Waren, zum größten Teil von verhältnismäßig wertvollen Vorprodukten und im allgemeinen aus Gensobjekten für die der Industrie, das Holz usw. v. in ein a. l. g. m. e. n. t. l. i. c. h. b. e. t. r. e. f. f. e. n. betroffen würden. In dem Grade, in dem diese Exportartikel von der Zollhebung in Deutschland getroffen werden, muß dies also sehr ungünstig auf unsere Zollabhang zum Ausland wirken, und ein solches Verhältnis, bei dem Deutschland möglichst von sich schwedische Erzeugnisse fernzuhalten nicht und nur die Einfuhr von Holzwaren gestattet, während die deutsche Industrie fortsetzend ungeschädigte Abhängigkeit nach Schweden gesehen soll, muß natürlich für die Dänen rühmend für uns sein.

Man wird nach Vorstehendem also auch in Schweden, wie es schon in Dänemark, Österreich-Ungarn, Italien und der Schweiz geschehen ist, dem deutschen Zolltarif zu erwartenden Erhöhungen bezüglich der deutschen Einfuhr in Schweden entgegengehen. Die Regierung dürfte diesem Wollen um so weniger widerstreben, als auch dem norwegischen Storting bereits Vorarbeiten zur Abänderung des Zolltarifs, die sich nach dieser Richtung hin bewegen, gemacht worden sind. Da nach dem norwegischen Grundgesetz Zölle und Steuern immer nur für die Dauer eines Finanzjahres festgelegt werden, so muß sich das Storting in jedem Jahre mit dem Zolltarif beschäftigen. Es wurden denn auch fast in jedem Jahre Abänderungen des Tarifs beschlossen, aber die erst von der Regierung vorgelegenen Änderungen überschreiten nach Umfang und Bedeutung die sonst üblichen und beschränken sich auch zum Teil auf Waren, die Deutschland in größeren Mengen einführt. Es kann somit einem Zweifel unterliegen, daß die vorgelegenen Zollveränderungen auf diese Waren eine Antwort auf ein Ansehen, von dem Deutschland nach unserer Statistik in den letzten drei Jahren Lebensvorsorge für Dampf, Wasser, Wind, Gas, Petroleum, Benzin und Holz, ferner Pumpen und Transformator, sowie Teile davon mit 5 Prozent vom Werte verzollt, alle anderen Maschinen und Maschinenteile, sowie Maschinenanbauten, Maschinenente, Maschinen und Maschinen waren frei, in Zukunft sollen alle Maschinen, außer den landwirtschaftlichen, sowie Maschinen- und Maschinen mit 5 Prozent vom Werte verzollt werden. Wir führten 1902 nach Norwegen aus: 698 dt. Lokomotiven und Lokomotiven (im Jahre 1900 sogar 598 dt.), 1916 dt. Walzeleinrichtungen (1900: 684 dt.), 2613 dt. elektrische Maschinen, 703 dt. Bedereleinrichtungen, 2920 dt. Dampfmaschinen, 2254 dt. Maschinen für Holzstoff- und Papierfabrikation, 1375 dt. Hebedmaschinen und 4135 dt. Maschinen für andere industrielle Zwecke. Von diesen Maschinen wird nicht nur ein kleiner Teil schon durch den Wertvoll von 5 Prozent befreit, die weit überwiegende Menge dagegen geht frei in Norwegen ein. Der Zoll auf Zement soll von 0,20 Kr. auf 0,30 Kr. von 100 dt. erhöht werden: Die Deutsche Zementindustrie führte im vorigen Jahre 100,128 dt. (1901: 170,440, 1900: 154,431 dt.) nach Norwegen aus. So kommt sich die deutsche Zollpolitik allenthalben zu zeigen, und den Schweden werden nicht etwa die Ängstler lobten, sondern in erster Linie Industrie und Handel, denen feldergerecht aufgebürdet wird, was die Regierung der Landwirtschaft zugunsten bedient.

Politisches.

* Zum Rücktritt des Waggelburger Regierungspräsidenten v. Arnstett wird geschrieben:
Der Rücktritt des Präsidenten ruff die Einmütigkeit an den jahrelangen Kommandanten in S. a. l. o. u. e. l. und auf seine Folgeerscheinungen wieder war. Nachdem die Stadt Solowedel hinfällig von einem beipolischen Konflikt der städtischen Behörden unter dem früheren Bürgermeister Freilich beigelegt worden war, wählten die Stadtbürger in einem Sinne der überzogenen Mehrheit der Bürgerwahl den Gegen des Bürgermeisters Freilich Dr. Kersten zum Bürgermeister von Solowedel. Dem Regierungspräsidenten v. Arnstett war der neue Bürgermeister aber nicht genügt, und er verweigerte die Bestätigung der Wahl. Diese Haltung erweckte großes Aufsehen in der Provinz, und es erging eine Bescheid an den Minister. Nun traten Ereignisse ein, welche den Regierungspräsidenten in der Bürgermeisterswahl, denn Dr. Kersten wurde vom Minister bestätigt und keine Einwendung nahm der Oberpräsident v. Wollmer in eigener Person vor. In einem ihm zu Ehren am 24. Juli d. s. g. gegebenen Festmahl ließ er die Bürgerwahl dem in erster Linie im Zweifel darüber, daß der Minister der Wahl auch im Vertrauen auf das neue Stadtoberhaupt zustimmend habe, und die ungewählten Verhältnisse zu ändern und wieder Ruhe und Frieden in die Bürgerwahl zu bringen; er legte wieder, er wolle, nachdem die für die Stadt Solowedel Bescheid vorliege, als erster kommen, um als kommunale Aufsichtsbüro der Bürgerwahl sein Interesse zu bezeugen, er komme als Freund und erlaube die Bürgerwahl, sich ihm um den neuen Bürgermeister zu scharen. Auch der Landrat des Kreises Solowedel befragte die Wahl. Man ist darum heute im Kreise Solowedel davon überzeugt, daß dieser Gegenstand in den Wünschen des Regierungspräsidenten von Arnstett und des Oberpräsidenten, des Ministers und vielleicht sogar des Kaisers, der ja auch für die damaligen Solowedeler Verhältnisse interessiert wurde, den Wunsch um den Rücktritt des Präsidenten gegeben hat.
* Dem neuen bayerischen Kultusminister v. W. G. h. e. n. e. r. werden die „Münchener Neuest. Nachr.“ folgende Veranlassung: Die Ernennung des Staatsrats v. Lehner dürfte, insofern man durch seine Ernennung eine Klärung der inneren

Vor dem **Umzuge** nach meinen neuen Verkaufsräumen Gr. Ulrichstraße 57 bringe ich von Donnerstag den 26. Februar an **sämtliche Waren** zu bedeutend ermäßigten Preisen zum

Ausverkauf

Es bietet sich hierdurch Gelegenheit, **nur gute, gediegene Fabrikate von Haus- und Küchen-Geräten** besonders vorteilhaft einzukaufen.

In der ersten Etage meines Geschäftsflokales werden größere Partien **emaillierte Eimer, Aufwaschwannen, Töpfe, ferner Kohlenkasten, Feuergeräteständer, Ofenschirme, Blumentische, Palmenständer, Vogelkäfige, Wringmaschinen, Waschmaschinen, Wäsche- rollen etc.** zu billigen Preisen ausverkauft.

Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 62.

Ernst Haassengier & Co.

Bankgeschäft, Halle a. S.

empfehlen ihre Dienste für alle bankgeschäfl. Transaktionen, u. A. für

An- u. Verkauf v. Effekten — Diskontierung guter Wechsel — Inkasso — Konto-Korrent-, Depositen-, Check- u. Lombard-Verkehr.

— Hypotheken-Verkehr. —

Kostenfreier Verkauf bis 1912 unkündbarer sicherer 4%iger Hypotheken-Pfandbriefe.

Sieheh erziehen:

„Babel und Bibel“

Zweiter Vortrag von Professor Friedr. Delitzsch.

Preis Mt. 2.—

Auch der erste Vortrag, sowie sämtliche Zeitdrucken sind vorräthig.

Otto Hendel Buchhandlung

Markt 24. Fernsprecher 2265.



Nur noch kurze Zeit!

Konkurswaren-

Ausverkauf

Gr. Ulrichstraße 37,

in Gold-Schiffchen,

zu **spottbilligen Preisen**,

werden, um bis Ende März vollständig zu räumen, sämtliche Waren, sowie andere Waren.

Yden- u. Schaufelner-Einrichtung ausverkauft.

1 großer Kasten 9- u. 28luc. **Kaffee-Service**

1 gr. Kasten Pompadours,

amn Zeit unter halben Preis, fern

zur **Konfirmation:**

Salzleiten, Weiden, Umbänder,

Uhrketten, Sandstrümpfen, Manchetten-

tasche, Strawatten, Seilenträger,

verfärbte, Lederwaren, Altkaus

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

u. f. w. u. f. w.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt zu Greiz.

Zu der in Gemäßheit des § 17 Absatz 2 des Statuts am

Freitag den 27. März d. Js. Nachm. 3 Uhr

im Geschäftsgebäude der Anstalt in Greiz abzuhaltenden

ordentlichen Generalversammlung

werden die Aktionäre der Anstalt hiermit eingeladen.

Tagsordnung:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichts, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1902, sowie des Berichts des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats und Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewins.

2. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Aktionär berechtigt, welcher seine Aktien oder von einer deutschen Notenbank o. einer deutschen Staatsbehörde ausgestellte Hinterlegungsscheine über o. die spätestens am

22. März d. Js. bei der Gesellschaft oder bei einer der nachfolgenden Stellen: **Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin, Berliner Bank in Berlin, Deutsche Effekten- und Wechsel-Bank in Frankfurt a. M., Niederelbische Kredit-Anstalt, Komm.-Ges. a. Aktien, Peters & Co. in Krefeld, Schlesiener Bankverein in Breslau, Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden, Bankhaus Philipp Hilmeyer in Dresden, Bankhaus Hammer & Schmidt in Leipzig, Bankhaus E. M. Strupp in Meiningen und Gotha** oder bei einem Notare mit Beilegung eines mit seiner Unterschrift versehenen Nummernverzeichnisses hinterlegt. Zur Ausübung der Stimmberechtigung in der Generalversammlung ist eine auf Grund der vorbezeichneten Hinterlegung ausgestellte, vor Beginn der Generalversammlung vorzulegende Stimmkarte erforderlich, deren Anstellung bei der Gesellschaft oder bei einer der in der Einladung bezeichneten Stellen **spätestens am 13. März d. Js.** zu beantragen ist.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Geschäftsbericht liegen vom **7. März d. Js.** ab in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre aus.

Greiz, den 14. Februar 1903.

Der Vorstand.

Stier. Frankenberg.

Moderne Stuckzimmer in Jugendstil

freihändig an die Decke modelliert, bedeutend billiger und schöner als gewöhnlicher Stuck.

Rudolf Dorn, Weimar.

Photographieren, Zeichnungen und Kostenaufschläge umsonst.

Elektrische Lichtbäder

Halle, Poststr. 3.

Ausgeschiedene Gelehrten bei Gefährungen, Gicht, Rheuma, Gicht, Nervenkrankheiten.

Geöffnet von 8-7 Uhr. Täglich: Otto Hering, Sonntag, 8-1. Täglich: Ernst nebr. Heilgastelle.

Zucker- und Magenkranken

nach von ersten ärztlichen Anordnungen

Linke's Alouronat-Gebäck

empfohlen, sowie Alouronat-Nähr-Zwieback für Kinder und Melonvalercenten. Die Zubereitung steht unter strengster Kontrolle des vereinigten Nahrungsmittel-Gewerks Dr. Wille, Gens.

Paul Linke's Alouronat-Gebäck-Fabrik

Halle a. S., Leifnitzstr. 1.

Nur in Packeten mit vollen Firmen-

Andeut sind

Zuntz

Gebraunte Kaffees

in Nr. 1, 20, 1, 40, 1, 50, 1, 60, 1, 70, 1, 80, 1, 90, 2, 00 u. 1/2 Kilo.

Verkaufsstellen durch Firmenblätter kenntlich.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Fritz König in Halle.

Photographie

Benckert, Große Ulrich-

straße 29,

13 St. Bildbilder Mt. 4, 50

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

„Kabinetbilder Mt. 12“

Julius Becker,

Halle, Martinsberg 9, Bankgeschäft, Fernspr. 453,

empfehlen sich

zur Ausführung aller zum Bankfach

gehörigen Geschäfte,

besonders zum

An- u. Verkauf von Wertpapieren.



„Superior“

Fahrräder

sind auch für die Saison 1903 unbedingt die besten und dabei erstaunlich billig! Haben Sie Bedarf in Fahrrädern u. Fahrrad-Zubehörteilen, so fordern Sie meinen Hauptkatalog, der Ihnen kostenlos zugestellt wird und Ihnen Auskunft giebt, wie vorteilhaft billig Sie bei mir kaufen!

Hans Hartmann,

— Eisenach 15. —

— Haut- u. Harn- —

selbende, sowie alle fernelle Leiden behandeln gewisshaft, ebenso Anzeichen.

Mundausbrüche etc. bez. veraltete Darw u. Blasen, sowie Nierenleiden

möglichst ohne Verzichtung. Gefällige Anfragen werden freunt beantwortet.

H. Schultze, Gr. Ulrichstr. 58, II. Etage.

Täglich Sprechstunden v. 9-1 u. 6-8 Uhr. Sonn- u. Feiertags 9-1 Uhr.

Halle. Druck und Verlag von Dito Hendel.

Mit 2 Beilagen.